

20. November 2007

Presseerklärung

Einsparung der Mieterberatung eine Fehlentscheidung

Mit Unverständnis hat der **frühere Weddinger Bezirksstadtrat Bernd Schimmler (SPD)** auf die Ankündigung reagiert, dass die von ihm 1999 eingeführte Mieterberatung für Leistungsempfänger des Bezirkes mit Ablauf des Jahres eingestellt werden soll. Er erklärt hierzu:

„Wir haben seinerzeit im Weddinger Bezirksamt das Büro für stadtteilnahe Sozialplanung GmbH (BfsS) in der Müllerstraße beauftragt, zusätzlich zu der Mieterberatung im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen, auch eine Mieterberatung für Leistungsempfänger, damals nach dem Bundessozialhilfegesetz bzw. dem Asylbewerberleistungsgesetz durchzuführen mit dem Ziel, dass Leistungsempfänger, die mit Mieterhöhungen zu den Ämtern kamen zum BfsS geschickt wurden um diese Erhöhungen zu überprüfen. Bereits im ersten Jahr dieser Überprüfungen stellten die Mietsachverständigen fest, dass zahlreiche Erhöhungen unberechtigt und/oder fehlerhaft waren. Insgesamt ersparten sich die Sozialkassen seit damals mehr Gelder als die Überprüfung durch das BfsS kosteten.

Erst jüngst kritisierte der Rechnungshof, dass in Bezirken, die die Erhöhungen nicht überprüfen z.B. Nachforderungen aus Betriebs- und Heizkostenabrechnungen zu einem Schaden für den Landeshaushalt in zweistelliger Millionenhöhe führen.

Allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 2007 konnten aufgrund der Prüfungen Nachzahlungen von Nebenkosten verhindert oder abgesenkt werden in einem Umfang von 57.714,51 €. Hinzukamen ungerechtfertigte Mieterhöhungen, die sich auf eine jährliche Ersparnis von 7.575,60 € summieren. Dieser Summe von ca. 65.000 €, die der Bezirkskasse erspart wurden, stehen die Kosten der Überprüfung von 32.000 € gegenüber.

Die Einstellung dieser Überprüfung schädigt die Haushalte des Bezirkes und des Landes Berlin. Es darf unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten kein Grund sein, dass die Kosten für die Überprüfung aus den Bezirksmitteln bezahlt werden, die – dann falschen – Mietzahlungen aber aus der Landes- bzw. Bundeskasse erstattet werden, wie sich ein Mitarbeiter geäußert haben soll. Geschädigt werden alle Steuerzahler!

Zu bedauern ist auch, dass sich die zuständige Stadträtin Scheffler (GRÜNE) zwar im Sozialausschuss am 13. März 2007 (!) positiv sich zur Fortsetzung der Beratung äusserte, aber seit Oktober einen Brief der Mieterberater nicht beantwortete.

Es wäre ein großer Verlust für die Bürger, die für die Ausgaben unseren Gemeinwesens insgesamt, wenn diese Mieterberatung eingestellt werden würde.“

Schimmler forderte BVV und Bezirksamt auf, die Entscheidung noch einmal zu überdenken.